

FERNABSATZINFORMATIONEN UND WIDERRUFSBELEHRUNG

I. ALLGEMEINE INFORMATIONEN

NAME UND ANSCHRIFT DER BANK
 GRENKE BANK AG
 Neuer Markt 2
 76532 Baden-Baden
 Deutschland

Tel. +49 7221 500 772-00
 Fax +49 7221 500 772-50

E-Mail service@grenkebank.de
www.grenkebank.de

**GESETZLICH VERTRETUNGSBERECHTIGTE
DER BANK**
 Helge Kramer, Dr. Oliver Recklies

HAUPTGESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER BANK
 Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art und von damit zusammenhängenden Geschäften.

ZUSTÄNDIGE AUFSICHTSBEHÖRDE
 // Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Straße 24–28, 60439 Frankfurt am Main, (www.bafin.de)
 BaFin-Registernummer: 100358
 // Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, (www.ecb.europa.eu)

EINTRAGUNG IM HANDELSREGISTER
 Amtsgericht Mannheim HRB 710100

UMSATZSTEUERIDENTIFIKATIONSNUMMER
 DE 812993910

VERTRAGS- UND INFORMATIONSSPRACHE
 Verhandlungs- und Vertragssprache ist deutsch.

RECHTSORDNUNG
 Für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

GERICHTSSTAND
 Die Informationen zum Gerichtsstand entnehmen Sie bitte Nr. 6 Abs. 2 und 3 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

**HINWEIS ZUM BESTEHEN EINER
FREIWILLIGEN EINLAGENSICHERUNG**
 Die Bank ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. angeschlossen (vgl. Nr. 20 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen).

**AUSSERGERICHTLICHE STREITSCHLICHTUNG
UND BESCHWERDEMÖGLICHKEIT**
 Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht für den/die Kunden die Möglichkeit, den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im deutschen Bankgewerbe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenverband.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist schriftlich an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband deutscher Banken e. V. Postfach 04 03 07, 10062 Berlin, zu richten.

Ferner besteht für den/die Kunden die Möglichkeit, sich jederzeit schriftlich oder zur dortigen Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, und Marie-Curie-Straße 24–28, 60439 Frankfurt über Verstöße der Bank gegen das Zahlungsdienstleistungsgesetz (ZAG), die §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder gegen Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zu beschweren.

II. INFORMATIONEN ZU DEN PRODUKTEN

**1. ALLGEMEINES ZU NACHFOLGENDEN
PRODUKTEN**
 Eine Übersicht der aktuellen Zinssätze der Bank und das jeweils gültige Preis- und Leistungsverzeichnis können unter www.grenke.de eingesehen werden; auf Verlangen werden sie zugesandt.

**HINWEIS AUF DIE VOM KUNDEN ZU ZAHLENDEN
STEUERN UND KOSTEN**
 Die Zinserträge unterliegen der Einkommensteuer. Bei Fragen sollte sich der Kunde an die für ihn zuständige Steuerbehörde oder seinen steuerlichen Berater wenden. Dies gilt insbesondere, wenn er im Ausland steuerpflichtig ist. Die Änderung von Zinsen und Entgelten während der Laufzeit erfolgt nach Maßgabe von Nr. 12 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Eigene Kosten (z. B. für Ferngespräche, Porti) hat der Kunde selbst zu tragen.

LEISTUNGSVORBEHALT
 Grundsätzlich besteht kein Leistungsvorbehalt, es sei denn, dieser ist ausdrücklich vereinbart.

**SONSTIGE RECHTE UND PFLICHTEN VON
BANK UND KUNDE**
 Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Daneben gelten die Sonderbedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

2. INFORMATIONEN ZUM GIROKONTO (U. A. GRENKE BUSINESS, GRENKE BUSINESS PREMIUM, GRENKE BUSINESS PROFESSIONAL)

WESENTLICHE LEISTUNGSMERKMALE
 Die Bank richtet für den Kunden ein Konto in laufender Rechnung (Girokonto) ein, schreibt eingehende Zahlungen auf dem Konto gut und wickelt von ihm veranlasste Zahlungsvorgänge (z. B. Überweisungen) zulasten dieses Kontos ab, soweit das Konto ausreichend Guthaben oder Kredit aufweist. Im Einzelnen sind insbesondere folgende Dienstleistungen vom Girovertrag erfasst:
 // Kontoführung,
 // Ein- und Auszahlungen,
 // Überweisungen,
 // Daueraufträge,
 // Lastschriftbelastungen,
 // Dispositionskredit / Überziehungskredit.

Die Bank erfüllt ihre Verpflichtungen aus dem Girovertrag durch Verbuchung der Gutschriften und Belastungen auf Basis der zugrunde liegenden Aufträge und Weisungen (z. B. aus Überweisungen, Lastschriften, Ein- und Auszahlungen, Bankentgelte) auf dem in laufender Rechnung geführten Konto. Dabei werden die jeweiligen Buchungspositionen zum Ende der vereinbarten Rechnungsperiode miteinander verrechnet und das Ergebnis (Saldo) dem Kunden als Rechnungsabschluss mitgeteilt. Alle von der Bank vorgenommenen Buchungen werden auf dem Kontoauszug mit Angabe des Buchungsdatums, des Betrags, einer kurzen Erläuterung über die Art des Geschäftes sowie der Valuta (Wertstellung) aufgelistet. Kontoauszüge werden in der jeweils vereinbarten Form (z. B. Postversand, elektronisches Postfach) übermittelt.

ZAHLUNG UND ERFÜLLUNG DES VERTRAGES
 Der Girovertrag kann vom Kunden jederzeit gekündigt werden. Im Übrigen gelten die in Nr. 18 und 19 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Kunden und die Bank festgelegten Kündigungsregeln. Es besteht keine Mindestlaufzeit.

PREISE
 Die Preise sind dem jeweils gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

3. INFORMATIONEN ZUR MASTERCARD

WESENTLICHE LEISTUNGSMERKMALE
 Die Zahlungsfunktion ist in den Bedingungen für die Mastercard beschrieben. Neben der Zahlungsfunktion als Hauptleistung der Karte sind ggf. Zusatzleistungen und -funktionen mit der Karte verbunden (z. B. Versicherungen).

ZAHLUNGEN UND ERFÜLLUNG DES VERTRAGES

Die Bedingungen für die Mastercard regeln, dass mit Verwendung der Karte oder der Daten durch den Karteninhaber die Zustimmung zur Ausführung der Zahlung gegeben wird. Ein Widerruf nach erteilter Zustimmung ist nicht möglich.

BETRAGSOBERGRENZEN FÜR DIE NUTZUNG DER KARTE

Die Bedingungen für die MasterCard beschreiben den Zahlungs- und Verfügungsrahmen Ihrer Karte. Dieser wird Ihnen erstmalig bei Übersendung der Karte mitgeteilt und kann in Abstimmung mit der Bank angepasst werden.

4. INFORMATIONEN ZUM GRENKE TAGESGELD

WESENTLICHE LEISTUNGSMERKMALE

Bei dem Produkt handelt es sich um ein Sichteinlagenkonto mit betragsabhängiger Staffelfverzinsung und täglicher Verfügungsmöglichkeit, welches nicht zu Zahlungsverkehrszwecken verwendet werden kann. Einzahlungen sind jederzeit und in beliebiger Höhe möglich. Die vereinbarte Verzinsung ist variabel und wird den veränderten Marktverhältnissen angepasst. Die Kontoführung ist unentgeltlich.

ZAHLUNGEN UND ERFÜLLUNG DES VERTRAGES

Die Zinsgutschrift erfolgt jeweils zum Monatsende. Das Guthaben ist täglich verfügbar. Das GRENKE TagesGeld ist jederzeit kündbar. Es besteht keine Mindestlaufzeit.

5. INFORMATIONEN ZUM GRENKE FESTGELD

WESENTLICHE LEISTUNGSMERKMALE

Bei dem Produkt handelt es sich um ein Termineinlagenkonto, bei dem ein fester Zinssatz für die vereinbarte Laufzeit gewährt wird. Der Anlagebetrag wird zu Vertragsbeginn vereinbart und eingezahlt. Verfügungen und Zuzahlungen sind während des laufenden Anlagezeitraums ausgeschlossen.

ZAHLUNGEN UND ERFÜLLUNG DES VERTRAGES

Die Zinsgutschrift erfolgt am Ende des Anlagezeitraumes. Ist der Anlagezeitraum länger als ein Jahr, erfolgt die Zinsgutschrift darüber hinaus jeweils nach Ablauf eines Anlagejahres. Der Vertrag ist nicht kündbar, sondern endet mit der vereinbarten Laufzeit. Die Anlage wird jedoch zu dem dann geltenden Zinssatz um 90 Tage verlängert, sofern vorher keine andere Weisung des Kunden erteilt wurde. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt 90 Tage.

6. INFORMATIONEN ZUM ONLINE-BANKING

PREISE

Die Teilnahme am Online-Banking selbst ist kostenfrei. Die Kosten, die dem Kunden seitens des Internetproviders in Rechnung gestellt werden, sind vom Kunden selbst zu tragen.

WESENTLICHE LEISTUNGSMERKMALE

Auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Bank über die Nutzung des Online-Banking kann der Kunde Kontoabfragen tätigen bzw. Bankgeschäfte entweder mit elektronischer Signatur oder PIN-/TAN-Verfahren über das Internet abwickeln.

Für Online-Banking-Geschäfte des Kunden gibt es Sicherheitssysteme mit persönlicher Identifikationsnummer (PIN) und Transaktionsnummern (TAN), das sogenannte PIN-/TAN-Verfahren.

Voraussetzung für die Nutzung ist, dass der Kunde bei der Bank ein Konto unterhält. Der Nutzungsumfang des Online-Banking kann dabei auf bestimmte Geschäftsvorfälle und auf Höchstbeträge begrenzt werden.

Daneben gelten die Sonderbedingungen für das Online-Banking und die Sonderbedingungen für die Nutzung des elektronischen Postfachs. Folgende Dienstleistungen sind u. a. vom Online-Banking erfasst:

- // In- und Auslandsüberweisungen,
- // Daueraufträge einrichten, löschen und ändern,
- // Aufruf von Kontodaten,
- // Versendung von Mitteilungen.

ZAHLUNG UND ERFÜLLUNG DES VERTRAGES

Die Bank erfüllt ihre Verpflichtungen aus der Vereinbarung über die Nutzung des Online-Banking, indem sie dem Kunden die erforderlichen Sicherungsmedien (z. B. PIN/TAN) zur Verfügung stellt und den Kunden für die Nutzung des Online-Banking freischaltet. Sie wird des Weiteren die vom Kunden freigegebenen, mittels Online-Banking übermittelten Aufträge im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes bearbeiten. Ein Anspruch des Kunden darauf, dass die Bank jederzeit online erreichbar ist, besteht nicht. Die Vereinbarung über die Nutzung des Online-Banking mit dem jeweiligen Sicherungsmedium kann vom Kunden jederzeit gekündigt werden. Im Übrigen gelten die in Nr. 18 und 19 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank für die Kunden und die Bank festgelegten Kündigungsregeln. Es besteht keine Mindestlaufzeit.

III. INFORMATIONEN ÜBER DIE BESONDERHEITEN DES FERNABSATZVERTRAGES

INFORMATIONEN ÜBER DAS ZUSTANDEKOMMEN DES FERNABSATZVERTRAGES

Der Vertrag kommt zustande, wenn der Kunde der Bank – gegebenenfalls nach der erforderlichen Identitätsprüfung des Kunden – die Annahme des Vertrages erklärt, wenn er ein ausgefülltes und unterzeichnetes Exemplar des Vertrages an die Bank zurücksendet und dieses der Bank zugeht.

WIDERRUFSBELEHRUNG

Bei mehreren Kontoinhabern steht das Widerrufsrecht jedem einzelnen Kontoinhaber zu. Ein Kontovertrag mit mehreren Kontoinhabern kommt – auch mit Wirkung gegenüber jedem einzelnen Kontoinhaber – nur dann zustande, wenn alle den Vertrag unterschrieben haben. Sollte einer der Kontoinhaber den Vertrag innerhalb der Widerrufsfrist widerrufen, so gilt der Widerruf auch für und gegen die anderen Kontoinhaber. Mit Zugang des Widerrufs bei der Bank wird der Vertrag rückabgewickelt. Die Bank wird die anderen Kontoinhaber über die Nichtannahme eines Vertragsangebotes oder einen Widerruf informieren.

ABSCHNITT 1

WIDERRUFSRECHT

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

GRENKE BANK AG
 Neuer Markt 2
 76532 Baden-Baden
 Deutschland
 Tel. +49 7221 500 772-00
 Fax +49 7221 500 772-50
 E-Mail service@grenkebank.de
www.grenke.de

ABSCHNITT 2

FÜR DEN BEGINN DER WIDERRUFSFRIST ERFORDERLICHE INFORMATIONEN

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des Unternehmers; anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;
3. die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;
4. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;
5. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer / Zahlungsdienstleister abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht;
6. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrundeliegende Vorschrift: § 357a des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
7. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;
8. den Hinweis, ob der Verbraucher ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen.

INFORMATIONEN ZUR ERBRINGUNG VON ZAHLUNGSDIENSTEN

9. zum Zahlungsdienstleister

- a) den Namen und die ladungsfähige Anschrift seiner Hauptverwaltung sowie alle anderen Anschriften einschließlich E-Mail-Adresse, die für die Kommunikation mit dem Zahlungsdienstleister von Belang sind;
- b) die für den Zahlungsdienstleister zuständigen Aufsichtsbehörden und das bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geführte Register oder jedes andere relevante öffentliche Register, in das der Zahlungsdienstleister als zugelassen eingetragen ist, sowie seine Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung;

10. zur Nutzung des Zahlungsdienstes

- a) eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale des zu erbringenden Zahlungsdienstes;
- b) Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Auslösung oder Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind;

- c) die Art und Weise der Zustimmung zur Auslösung eines Zahlungsauftrags oder zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs und des Widerrufs eines Zahlungsauftrags (zugrundeliegende Vorschriften: §§ 675j und 675p des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- d) den Zeitpunkt, ab dem ein Zahlungsauftrag als zugegangen gilt (zugrundeliegende Vorschrift: § 675n Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- e) die maximale Ausführungsfrist für die zu erbringenden Zahlungsdienste;
- 11. zu Entgelten, Zinsen und Wechselkursen alle Entgelte, die der Verbraucher an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, einschließlich derjenigen, die sich danach richten, wie und wie oft über die geforderten Informationen zu unterrichten ist;
- 12. zur Kommunikation
 - a) Angaben dazu, wie und wie oft die vom Zahlungsdienstleister vor und während des Vertragsverhältnisses, vor der Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie bei einzelnen Zahlungsvorgängen zu erteilenden Informationen mitzuteilen oder zugänglich zu machen sind;
 - b) die Sprache oder die Sprachen, in der oder in denen der Vertrag zu schließen ist und in der oder in denen die Kommunikation für die Dauer des Vertragsverhältnisses erfolgen soll;
 - c) einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, während der Vertragslaufzeit jederzeit die Übermittlung der Vertragsbedingungen sowie der in dieser Widerrufsbelehrung genannten vorvertraglichen Informationen zur Erbringung von Zahlungsdiensten in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger zu verlangen;
- 13. zu den Schutz- und Abhilfemaßnahmen
 - a) eine Beschreibung des sicheren Verfahrens zur Unterrichtung des Verbrauchers durch den Zahlungsdienstleister im Fall vermuteten oder tatsächlichen Betrugs oder bei Sicherheitsrisiken;
 - b) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht autorisierten Zahlungsvorgängen (zugrundeliegende Vorschrift: § 675u des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - c) Angaben dazu, wie und innerhalb welcher Frist der Verbraucher dem Zahlungsdienstleister nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgelöste oder ausgeführte Zahlungsvorgänge anzeigen muss (zugrundeliegende Vorschrift: § 676b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - d) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Auslösung oder Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie Informationen über dessen Verpflichtung, auf Verlangen Nachforschungen über den nicht oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang anzustellen (zugrundeliegende Vorschrift: § 675y des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - e) die Bedingungen für den Erstattungsanspruch des Verbrauchers bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten autorisierten Zahlungsvorgang (beispielsweise bei SEPA-Lastschriften) (zugrundeliegende Vorschrift: § 675x des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- 14. zu Änderungen der Bedingungen und Kündigung des Zahlungsdienstlerahmenvertrags
 - a) die Laufzeit des Zahlungsdienstlerahmenvertrags;
 - b) einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, den Vertrag zu kündigen.

ABSCHNITT 3 WIDERRUFSFOLGEN

Im Fall eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden.

Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung